

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	59. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. März 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

Punkt 17 der Tagesordnung: Einrichtung für schwerstbehinderte Menschen in Karlsruhe

Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger, Gisela Fischer, Angela Geiger und Yvette Melchien (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom

21. Januar 2014

Vorlage: 2014/0370

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung und Verweisung an den Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Melchien (SPD): Wir begrüßen die Stellungnahme zu unserem Antrag und die Ausführung der Verwaltung. Wir hatten den Antrag gestellt, da wir die dringende Notwendigkeit eines Konzeptes zur Wohnheimversorgung sehen. Dieses soll den Bedarf, die Gegebenheiten und die Möglichkeiten aufzeigen, um in Karlsruhe neue Wohnheimplätze einzurichten. Dank der Investitionsförderung des Landes sind sie auch finanziell wieder realisierbar.

In der Antwort ist zu lesen - und wir wissen es auch aus persönlichen Gesprächen -, es gibt schwerbehinderte Menschen in unserer Stadt, die keinen Platz finden. Was das insbesondere für Angehörige bedeutet, lässt sich kaum messen, sicherlich eine extreme Belastung, und das für alle Beteiligten, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehender Einrichtungen, die diese Hilfesuchenden dann abweisen müssen. Wir sehen kein - und das möchte ich betonen: kein - qualitatives Problem. Die Leistung, die in diesem Bereich erbracht wird, ist absolut lobenswert. Wir sehen ein strukturelles Problem, denn wir haben schlichtweg zu wenige Plätze in diesem Bereich. Wir werden gerne gemeinsam mit den Trägern der Behindertenhilfe und mit Hilfe ihrer Expertise im Sozialausschuss an tragfähigen Lösungen arbeiten, um das Angebot auch in diesem Bereich

dem Bedarf anzupassen und das Netz an Einrichtungen in unserer Stadt enger zu spannen.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Köhler (CDU): Die CDU begrüßt die Empfehlung der Stadtverwaltung, den Antrag an den Sozialausschuss zu verweisen. Das Sozialministerium hat im Juli 2013 eine neue Verwaltungsvorschrift zur Investitionsförderung von Behinderteneinrichtungen erlassen, deshalb müssen die neuen Richtlinien ausgelotet werden. Der Antrag muss im Sozialausschuss intensiv bearbeitet werden, sodass neue Wohnheimplätze in Karlsruhe entstehen können, um den Behinderten, ihren Eltern und den Kindern gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die GRÜNEN unterstützen den Antrag der SPD. Die Grünen haben schon einmal in einer Gemeinderatsanfrage im Jahre 2011 auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Damals war unser Hauptaugenmerk vor allem auf die Kurzzeitpflege nach SGB XII für Kinder und Jugendliche gerichtet. So sind alleine in den Jahren 2009 und 2010 mehrere Hundert Betreuungstage für Karlsruher Kinder und Jugendliche in Einrichtungen außerhalb von Karlsruhe angefallen. In Karlsruhe bietet nur die Reha-Südwest mit sechs Plätzen eine Kurzeinrichtung. Laut Auskunft der Einrichtung beträgt die Belegungsquote in allen Schulferienzeiten in Baden-Württemberg 100 Prozent, wobei die vorhandenen Plätze mindestens doppelt belegt werden könnten. Aus diesem Grund bieten wir darum, dass in der Planung Wohnheimversorgung auch Kurzzeitpflegeplätze näher betrachtet werden.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Golombeck (FDP): Der Antrag selbst ist wirklich zu unterstützen, wenn ich lese, dass die Eltern von pflegebedürftigen schwerstbehinderten Kindern so in die Jahre kommen oder auch erkranken, dass sie das nicht mehr durchführen können und wollen dann das Kind abgeben, natürlich in Wohnortnähe, damit man es besuchen kann. Jetzt lese ich in der Stellungnahme, dass es zwar eine ganze Reihe Wohnheime für schwerstbehinderte Menschen gibt, aber durch die geringe Fluktuation in diesen Heimen gibt es einen Rückstau, eine Warteliste. Die Warteliste wird immer länger, sie wird nicht kürzer werden. Daraus resultiert natürlich, dass der Bedarf auch erkannt wurde. Ich bedauere nur, dass in den vergangenen Jahren diese Förderung ins Stocken geraten ist. Jetzt ist das seit dem 31.07. wieder eröffnet worden, und in der Sozial- und Jugendbehörde wird eine Planung herausgearbeitet, die dem Sozialausschuss vorgelegt wird. Das ist dringend notwendig. Wir unterstützen diesen Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Der SPD-Antrag macht auf ein Thema aufmerksam, das so in der Öffentlichkeit nicht ist. Es gibt schwerstbehinderte Menschen, die als Kinder sicher noch gut zuhause versorgt werden können, aber dann irgendwann die Situation ein-

tritt, dass eine andere Art der Versorgung aus verschiedensten Gründen sinnvoll ist. Für diese Versorgung müssen Plätze da sein.

Als ich den Antrag gelesen habe, dachte ich, es gibt doch solche Plätze. Mir ist dann ganz spontan das Martinshaus in Berghausen eingefallen, weil ich weiß, dass da, obwohl es kein spezielles Heim für schwerstbehinderte ist, inzwischen auch solche Menschen leben. Mir ist auch klar, dass solche Plätze, wenn sie denn belegt sind, lange belegt sind, weil schwerstbehinderte Menschen auch alt werden und deswegen lange leben können. Deshalb ist die Situation sicher so, dass immer mehr Plätze gebraucht werden, und wenn es jetzt die Möglichkeit gibt, mit Fördermitteln solche Einrichtungen zu schaffen, dann sollte Karlsruhe gucken, wo ist das auf unserer Gemarkung möglich.

Ich denke auch, dass die Größe dieser Einrichtung mit maximal 24 Plätzen etwas ist, das man sich genau angucken muss, weil einige Träger vielleicht sagen, dass sei nicht rentabel. Auf der anderen Seite ist es bestimmt sinnvoller, Menschen in kleinen Einrichtungen zusammenleben zu lassen. Von daher denke ich, ist es wichtig, dass wir mehr Fakten bekommen, im Sozialausschuss darüber reden können - also genaue Zahlen bekommen, wie groß ist im Moment der Bedarf, gibt es Wartelisten und wie groß sind sie -, damit wir uns ein genaueres Bild machen können, um anschließend gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich selbst habe in meiner Verwandtschaft zwei schwerstbehinderte Kinder, die in Kork untergebracht sind. In Karlsruhe gibt es einfach keine Einrichtung, die den Kindern entsprechend helfen könnte. Wenn man von Schwerstbehinderung redet, gibt es so viele spezialisierte und verschiedene Ausprägungen, sodass die alleinige Forderung nach einem Haus die Sachlage nicht trifft. Ich habe nichts dagegen, dass man das differenziert in den Ausschüssen berät und behandelt, aber mir erscheint die Fragestellung zunächst als sehr unbedarft und oberflächlich. Es bedarf noch gründlicher Überlegungen, damit es überhaupt etwas helfen kann.

Stadtrat Wenzel (FW): Die SPD hat mit ihrem Antrag einen Vorhang gelüftet, bei dem viele Menschen nicht wissen, was sich dahinter verbirgt. Ich möchte hier als Anregung aufnehmen, dass wir uns Erfahrungen auch aus dem Umland und anderen Städten holen. Ich sehe hier aufgrund der Redebeiträge sehr viel Bedarf, und meine Zustimmung ist auf jeden Fall sicher.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt überall nur Zustimmung gehört. Wir würden den Antrag in den Sozialausschuss verweisen. Ich bitte bei den Planungen zu berücksichtigen, dass es auch einen Teil schwerstbehinderter Erwachsener gibt, die in eigenen Räumen durch ein Assistentensystem ambulant versorgt werden wollen. Auch da ist in Karlsruhe ein Bedarf da, der noch nicht gedeckt ist. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass die Stadt hier mit Planungen und Gesprächen helfen kann, es aber letztlich natürlich die Aufgabe der Sozialträger ist, entsprechende Angebote einzurichten. Unsere Aufgabe ist es dann, die konkreten Dienstleistungen ggf. zu bezahlen. Hätte eine Warteliste bisher dazu geführt, dass ein Träger gesagt hätte, er will sein Angebot erweitern, dann hätte die Stadt dies sicher auch entsprechend unterstützt. Insofern bitte ich da-

rum, die Erwartungen an das, was die Stadt an dieser Stelle leisten kann, nicht überzubewerten.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir so verfahren? - Das ist der Fall.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
28. April 2014